

## Antrag abgelehnt

Herrn  
 Präsident Ing. Peter NEMETH  
 Wirtschaftskammer Burgenland  
 Robert-Graf-Platz 1  
 7000 Eisenstadt

Telefon  
 Fax  
 E-Mail

Landesgeschäftsstelle  
 Robert Graf-Platz 1  
 A-7000 Eisenstadt  
 02682 / 610 65  
 02682 / 610 65-4  
[office@rfw-bgld.at](mailto:office@rfw-bgld.at)  
[www.rfw-bgld.at](http://www.rfw-bgld.at)

Bankverbindung:  
 BKS Bank  
 Kto-Nr. 132003866, BLZ 17000  
 DVR-Nr.: 0903132  
 ZVR-Nr.: 411779403

Eisenstadt, am 2. Mai 2011

### **Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Burgenland am 24. Mai 2011**

Die berechtigte Kritik an der geplanten Novelle zum Burgenländischen Tourismusgesetz ist bereits hinlänglich bekannt. Insbesondere ist bei der bevorstehenden Änderung zu kritisieren, dass ohne seriöse Differenzierung zwischen den Betriebsgrößen eine Mehrkostenbelastung verordnet wird, die nach „Gießkannensystem“ riecht. Ebenso muss jene Transparenz eingefordert werden, welche den Beitragszahlern künftig die zweckentsprechende Verwendung der Mittel nachvollziehen lassen. Was für viele Hotelbetriebe der höheren „Kategorien“ von der künftigen Valorisierung locker weggesteckt werden kann, bedeutet für kleinste und kleine Beherbergungsbetriebe unserer ländlichen Regionen einen unüberwindlichen Wettbewerbsnachteil. Insbesondere gegenüber der zunehmenden Konkurrenz aufstrebender Nachbarländer.

Die aktuellen Meldungen deutlich reduzierter Auslastungen (insbesondere Region Mittelburgenland), bestätigen die berechtigten Sorgen dieser Unternehmer. Selbstverständlich hat hier auch die gesetzliche Interessenvertretung dringenden Handlungsbedarf.

Die geplante Reduzierung der Zahl der Unternehmervertreter im Landesvorstand des Burgenland-Tourismus – die unbedingt verhindert werden muss - stellt eine Diskriminierung jener Persönlichkeiten dar, welche repräsentativ für alle Tourismusunternehmer die Geschicke, des für das Land so wichtigen Wirtschaftszweiges, tätig sind.

#### **Antrag**

Das Wirtschaftsparlament möge beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, den geplanten Entwurf, insbesondere die für Kleinbetriebe unannehmbare Erhöhung der Ortstaxe zurückzunehmen und für eine ausgewogene Abgabe – entsprechend der Leistungsfähigkeit – zu sorgen.

.....  
**Ferdinand KUTROWATZ**  
 Delegierter zum Wirtschaftsparlament